

Änderungsantrag

Antragstitel: Änderungsantrag für eine ausführliche Drogenpolitik der TPD

Verfasst von: Marc Weingärtner

Antragstyp: Programmänderung

Bundesparteitag: 3. BPT (27.05.2017)

Antragstext:

Es wird beantragt im Parteiprogramm unter Abschnitt „Gesundheit“ den achten Stichpunkt zu ändern bzw. durch den neuen Punkt zu ersetzen. Die Position aller anderen Punkte bleibt dabei unverändert. Die Art der Nummerierung bzw. Kenntlichmachung des neuen Punktes ist irrelevant, da es sich um eine inhaltliche Änderung handelt.

Vorher:

+ Sukzessive Legalisierung bestimmter Drogen, angefangen bei harmloseren Drogen wie Cannabis und LSD, um jeglicher Beschaffungskriminalität vorzubeugen sowie parallele Einstufung von Drogenabhängigkeit als behandlungsbedürftige Krankheit

Nachher:

+ Abkehr von repressiver Drogenpolitik und Legalisierung aller psychotropen Substanzen

Die momentan in Deutschland vorherrschende Drogenpolitik ist repressiv und bevormundend. Sie führt dazu, dass Konsumenten ungerechtfertigter Weise kriminalisiert werden und sorgt dafür, dass durch auf dem Schwarzmarkt gehandelte, mit Streckmittel versehene Substanzen großer Schaden bei den Konsumenten entsteht. Viele mit Drogenkonsum in Verbindung gebrachte Probleme sind indirekt oder direkt die Folge der Prohibition. Die TPD steht im Gegensatz dazu für eine liberale und moderne Drogenpolitik. Die TPD hält das Ideal einer Welt völlig frei von Drogen für unrealistisch und akzeptiert Drogenkonsum als Alltagserscheinung. Durch eine Legalisierung aller psychoaktiven Substanzen sollen Konsumenten entkriminalisiert und nachhaltig für Verbraucherschutz durch staatliche Kontrolle gesorgt werden. Die Einteilung von Substanzen soll anhand des Gefahrenpotentials durch wissenschaftliche Standards erfolgen, um so sinnvolle Regelungen für Herstellung, Abgabe und Verbrauch zu schaffen.

Die TPD setzt sich dafür ein, dass alle Menschen frei und gesund leben können. Suchtprävention und -hilfe sind daher wichtige Themengebiete für uns. Drogenmissbrauch ist ein gesellschaftliches Problem, welches nur auf der Verbraucherseite gelöst werden kann. Durch umfassende Gesundheitsvorsorge und sinnvoller Sozialpolitik, inklusiver Grundversorgung durch das BGE, sollen die Hauptgründe von Drogenmissbrauch bekämpft werden. Hilfsangebote für Menschen mit substanzgebundener Abhängigkeit existieren bereits und müssen erhalten bleiben. Auch der Jugendschutz ist für die TPD von hoher Priorität. Wir treten für einen Jugendschutz ein, der glaubwürdig für junge Menschen ist. Wir setzen dabei auf Aufklärung und Schaffung eines vernünftigen Risikobewusstseins schon im jungen Alter.

Antragsbegründung:

Dem alten Programmpunkt ist zu entnehmen, dass Drogen legalisiert werden sollen, damit „jegliche Beschaffungskriminalität“ vorgebeugt werden kann. Dies ist allerdings nicht vollständig. Eine Legalisierung einer Substanz, die ohnehin konsumiert wird, sorgt für Verbrauchersicherheit und entzieht kriminellen Organisationen das Monopol auf Herstellung und Handel der Substanz. Im alten Programmpunkt ist zu dem nur von „bestimmten Drogen“ die Rede, tatsächlich müssen alle Drogen legalisiert werden. Die Gründe hierfür sind:

- Die TPD setzt sich für morphologische Freiheit ein. Dazu gehört auch das Recht seinen eigenen Körper einem Risiko durch Drogenkonsum auszusetzen.
- Wie oben erwähnt ist durch eine Legalisierung staatliche Kontrolle möglich, was Verbrauchersicherheit schafft.
- Kriminellen Organisationen wird eine Geschäftsgrundlage genommen; durch Besteuerung können Gewinne dann dem Staat zugutekommen.
- Prävention funktioniert kaum ohne Entkriminalisierung von Konsumenten. Man kann ihnen besser helfen, wenn sie keine Strafverfolgung oder Stigmatisierung befürchten müssen.
- Eine Entkriminalisierung ohne Legalisierung führt allerdings zu dem „Back Door“ Problem, der Besitz von Drogen ist dann im eigenen Land erlaubt, Herstellung und Handel aber nicht. Dadurch werden Drogen weiterhin in das Land geschmuggelt, wovon weiterhin kriminelle Organisationen profitieren können. Nur durch Legalisierung können auch die Arbeitsbedingungen und die Qualität schon bei der Produktion überwacht werden.